



Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html>

Kiel, 15. November 2017

TOP 15 Wohnortnahe stationäre Hospizplätze weiter bedarfsgerecht anpassen (Drs-Nr. 19/297)

Birte Pauls

Lücken in der wohnortnahen stationären Hospizversorgung schließen

Das Sterben gehört zum Leben. Und doch sind es oft die schwersten Stunden, die Menschen erleben müssen. Die Zeit von einer lebensbegrenzenden Diagnose bis zum Tod ist genauso individuell wie die Ängste, Schmerzen, Verwirrungen und Veränderungen, die die Betroffenen und ihre Angehörigen erleben. Zu einem Zeitpunkt, wo das Leben nur noch eine Richtung nimmt, bedarf es Rahmenbedingungen, die auf die Bedürfnisse des Sterbenden eingehen und Wünsche ermöglichen können. Dabei ist die gewünschte Nähe von Angehörigen, Freunden und erfahrener zugewandter Begleitung genauso wichtig, wie eine professionelle pflegerische und medizinische Betreuung. Der ganzheitliche Ansatz, also körperliche Leiden ebenso zu lindern wie die Seelischen und auch den Bedürfnissen und Wünschen fürsorglich nachzukommen, das ist die prägende Funktion eines Hospizes. In einem Hospiz finden Betroffene und ihre Angehörigen die professionelle Unterstützung, die Geborgenheit und den notwendigen Respekt. Dort können sie sich angenommen fühlen in Stärke und Schwäche, in Angst und Zuversicht. Dort finden ihre Herkunft, ihre Weltanschauung und ihre Wünsche angemessene Berücksichtigung. Es ist eine Zeit, in der die Würde des Menschen im Mittelpunkt steht. Und es ist eine Zeit, in der man dem Leben nicht mehr Stunden, aber den Stunden mehr Leben geben kann. An dieser Stelle möchte

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

ich mich im Namen der SPD ganz herzlich bei all denen bedanken, die das ermöglichen. Das auch an dieser Stelle unersetzliche Ehrenamt, die fachlich kompetenten und menschlich hoch engagierten Pflegekräfte, Ärzte und Therapeuten. Vielen Dank für ihre nicht selbstverständliche Tätigkeit.

Im Januar 2016 fand im Landtag auf Initiative der SPD ein Runder Tisch zum Thema Hospiz- und Palliativversorgung statt. Die Diskussion war von hoher Fachlichkeit geprägt und für unsere politische Arbeit in diesem Bereich sehr hilfreich. Daraus entstanden ist die Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle, um die Hospiz – und Palliativinitiativen im Land zu unterstützen. Diese hat im Frühjahr ihre Arbeit aufgenommen und wird sehr positiv angenommen. Ein weiteres Ergebnis des Runden Tisches war, die Anzahl der stationären Hospizbetten in Schleswig-Holstein zu überdenken. Wir sind den Empfehlungen des Hospiz – und Palliativverbandes gefolgt 50 Betten pro 1 Million Einwohner anzustreben, also ca. 140 Plätze. Zu dem Zeitpunkt hatten wir 66 stationäre Hospizbetten auf 6 Hospize verteilt. Unser politischer Beschluss war, die Lücke zu schließen. Dabei haben wir den Fokus auf die wohnortnahe Versorgung gelegt, also nicht die vorhandenen Einrichtungen größer machen, sondern zusätzliche Einrichtungen übers Land verteilt zu fördern. Betroffene und Angehörige dürfen in der schweren Zeit des Abschiednehmens nicht noch durch große Abstände und lange Wege zusätzlich belastet werden. Und selbstverständlich darf das keine Frage der Wirtschaftlichkeit sein, sondern muss ausschließlich eine Frage der Würde sein. Für investive Maßnahmen zum Ausbau wohnortnaher stationärer Hospizbetten haben wir in den Haushalt 2017 500.000 € eingestellt.

Allerdings sind die Initiativen, die sich zwischenzeitlich neu auf den Weg gemacht haben in Schleswig, Gettorf, Itzehoe und Norderstedt, in ihrer Planung noch nicht soweit, als dass das Geld noch in diesem Jahr zugeteilt werden konnte. Werden alle vorhandenen Pläne realisiert, kommen 69 Hospizplätze hinzu und die Anzahl des Angebotes erhöht sich auf 135.

Aber ich bin sehr froh, dass die Landesregierung den von uns eingeschlagenen Weg weitergehen will und laut Antwort meiner kleinen Anfrage vom 1.11. auch im nächsten Jahr 500.000 € dafür zur Verfügung stellen will. Ich gehe davon aus, jedenfalls werden wir das so beantragen, dass die nicht ausgeschütteten Mittel aus 2017 quasi on top kommen und damit alle Initiativen eine ausreichende finanzielle Unterstützung erhalten

Das alles hat bewiesen, dass der Dialog mit der Fachwelt immer der richtige Weg ist. Deshalb wollen wir gerne den Runden Tisch in der Verantwortung des Sozialausschusses verstetigen. Schade, dass wir die regierungstragenden Fraktionen dazu nicht durchringen konnten. In der letzten Legislatur haben wir damit sehr gute Erfahrungen gemacht.